

Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Digitales, Organisation & IT
Verfasser/in
Frank Uhlich

Vorlagen-Nr.
104/08/2026
Aktenzeichen
10.41.16

Anlagedatum
08.07.2026

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Gemeinderat	16.07.2026	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Organisationsuntersuchung der Ortsverwaltungen | Auswertung der Stellungnahmen der Ortschaftsräte und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung schlägt vor, die in der Organisationsuntersuchung aufgezeigten Entwicklungs- und Optimierungspotenziale weiterzuentwickeln und die Verwaltungsvorschläge entsprechend der Maßnahmentabellen umzusetzen.

1. Der Gemeinderat nimmt die Maßnahmen sowie die nächsten Schritte zur Kenntnis, die nach § 44 Abs. 1 GemO BW in der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters liegen. Insbesondere sind dies folgende Einzelmaßnahmen:
 - Weiterentwicklung des Sitzungsdienstes
 - 15-2 | Mandantenkonten im Ratsinformationssystem prüfen
 - 15-6, 15-22 | Zentralisierung von Teilaufgaben des Sitzungsdienstes sowie Überprüfung der Sitzungstermine
 - 15-14 | Prüfung und Einführung KI-gestützte Protokollierung als Ganzhauslösung
 - Bürgerservice
 - 15-17 | Digitaler Schadensmelder auf kommunale Gebäude erweitern
 - 15-18 | Digitaler Bürgerservice ausbauen (Onlinedienste)
 - 15-19 | Online-Terminvergabe Herten
 - Organisation und Zusammenarbeit
 - 15-1 | Einführung eines zentralen Botendienstes
 - 15-4 | Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung schärfen
 - 15-5 | Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Kernverwaltung und Ortsverwaltungen
 - 15-8 | Einführung von regelmäßigen Besprechungen zwischen Amt für öffentliche Ordnung und den Ortsverwaltungen
 - 15-9 | Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen
 - 15-10 | Weiterentwicklung diverser Dienstleistungs-Szenarien
 - Zentralisierung von Prozessen
 - 15-13 | Verlagerung der Aufgaben „Schankerlaubnis“ in das Amt für

- öffentliche Ordnung
 - 15-20 | Verlagerung der Aufgabe Beantragung eines Fischereischeins in das Amt für öffentliche Ordnung
 - 15-23 | Vertragswesen und Abrechnungen von Vermietungen werden zentral im Amt für Gebäudemanagement gebündelt
 - 15-24 | Verlagerung Bearbeitung von Fundsachen in das Amt für öffentliche Ordnung
 - Mitteilungsblätter
 - 15-15 | Weiterberechnung der Personalkosten für Redaktionsarbeiten an die Abonnenten
 - Öffnungszeiten
 - 15-27 | Orientierung der Öffnungszeiten anhand des tatsächlichen Bedarfs an Kundenterminen
 - 15-28 | Beibehaltung der Öffnungszeiten in der Ortsverwaltung Herten
- 2. Der Gemeinderat beschließt:
 - die Verlagerung der Aufgaben im Bereich der Rentenangelegenheiten (15-21) ins Amt für Familie, Jugend und Senioren, vorbehaltlich der Stellungnahme des Regierungspräsidiums,
 - die Ermittlung der umfassenden Sanierungsbedarfe der Gebäude der Ortsverwaltungen (15-16) sowie die Prüfung räumlicher Veränderungen in Adelhausen und Nordschwaben (15-25),
 - die Einführung eines Personalpools (15-29).

Anlagen

- Zusammenfassung der Maßnahmenempfehlungen inkl. Bewertung und Verwaltungsvorschlag
- Adelhausen Stellungnahme des Ortschaftsrates
- Eichsel OR-Sitzung Protokoll
- Herten OR-Sitzung Protokoll
- Karsau Herr Prof. Dr. Hanser Stellungnahme
- Karsau Herr Wenk Stellungnahme
- Karsau Frau Ortsvorsteherin Jung Stellungnahme
- Karsau OR-Sitzung Protokoll
- Minseln Stellungnahme des Ortschaftsrates
- Nordschwaben OR-Sitzung Protokoll
- Gutachten IMAKA IST-Analyse
- Gutachten IMAKA Soll-Konzept

Interne Prüfung

1. Wirkungskreis des Beschlusses

- ☐ Freiwillige Aufgabe
- ☐ Weisungsfreie Pflichtaufgabe
- ☐ Pflichtaufgabe nach Weisung (Weisungsaufgabe)

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

- ☐ ja, in Höhe von _____ ☐ nein

2.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

- ☐ ja, in Höhe von jährlich _____ ☐ nein

Erläuterung: _____

2.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

- ☐ ja ☐ nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

- ☐ ja ☐ nein

_____ unter der Kostenstelle

2.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

- ☐ ja ☒ nein

Erläuterung:

3. Personelle Auswirkungen

- ☐ ja ☒ nein

Erläuterung:

Das Hauptamt wurde bei der Erstellung des Beschlussvorschlags beteiligt:

- ☐ ja ☐ nein

4. Klimarelevanz/ Auswirkungen auf den Klimaschutz

☐ keine	☐ negativ	☐ positiv
Erläuterung		

Erläuterungen

Aufgrund der Vorberatung in der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.07.2026 wird eine Ergänzungsvorlage zur Beschlussvorlage (104/07/2026) erstellt. Diese greift die im Rahmen der Vorberatung erörterten Sachverhalte sowie die daraus resultierenden Empfehlungen auf und konkretisiert bzw. ergänzt die ursprüngliche Beschlussempfehlung entsprechend.

1. Beteiligungsverfahren nach Vorstellung der Organisationsuntersuchung

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung wurden in der Hauptausschusssitzung am 11.05.2026 durch das Beratungsunternehmen IMAKA vorgestellt. Das Gutachten enthält insgesamt 29 Maßnahmenempfehlungen zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen, Arbeitsabläufe und Dienstleistungen der Ortsverwaltungen.

Im Anschluss an die Vorstellung wurden die Ergebnisse in den einzelnen Ortschaftsräten durch die Abteilung Digitales, Organisation und IT präsentiert und beraten. Den Ortschaftsräten wurde Gelegenheit gegeben, zu den Empfehlungen des Gutachtens Stellung zu nehmen. Die eingegangenen Stellungnahmen sind dieser Vorlage als Anlagen beigefügt.

2. Wesentliche Inhalte der Stellungnahmen der Ortschaftsräte

2.1 Grundsätzliche Einschätzungen

Die Rückmeldungen der Ortschaftsräte zeigen insgesamt eine hohe Identifikation mit den bestehenden Ortsverwaltungsstrukturen sowie eine große Wertschätzung der vor Ort geleisteten Arbeit. Mehrfach wird auf die hohe Bürgerzufriedenheit, die Orts- und Personenkenntnisse der Mitarbeitenden sowie die Bedeutung der Ortsverwaltungen für die Bürgernähe hingewiesen.

Gleichzeitig wird von den Ortschaftsräten die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen grundsätzlich anerkannt.

2.2 Digitalisierung und Prozessoptimierung

Breite Zustimmung erfahren insbesondere Empfehlungen zum Ausbau digitaler Bürgerservices, zur Weiterentwicklung des Schadensmelders, zur Verbesserung der technischen Ausstattung der Mitarbeitenden sowie zur Nutzung digitaler Unterstützungsinstrumente bei Verwaltungsabläufen.

2.3 Organisation, Aufgabenverteilung und Bürgerservice

Kritischer bewertet werden Empfehlungen, die unmittelbare Auswirkungen auf bestehende

Organisationsstrukturen, Zuständigkeiten oder Serviceangebote in den Ortsteilen haben. Dies betrifft insbesondere vorgeschlagene Aufgabenverlagerungen, Änderungen bei Öffnungszeiten, die Bildung eines Personalpools sowie Überlegungen zur zukünftigen Nutzung einzelner Verwaltungsgebäude.

In den Stellungnahmen wird hierzu wiederholt auf die Bedeutung kurzer Wege, fester Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, gewachsener Ortskenntnisse sowie die hohe Akzeptanz der bestehenden Angebote bei der Bevölkerung hingewiesen.

2.4 Wirtschaftlichkeit und Entscheidungsgrundlagen

Mehrere Ortschaftsräte regen an, mögliche organisatorische Veränderungen auf Grundlage weiterer belastbarer Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten zu prüfen.

3. Auswertung und Bewertung durch die Verwaltung

Die Verwaltung hat die Empfehlungen des Gutachtens, die Stellungnahmen der Ortschaftsräte sowie die gesamtstädtischen organisatorischen Anforderungen ausgewertet und gegenübergestellt.

Hierbei wurde zwischen Maßnahmen unterschieden, die ausschließlich verwaltungsinterne Abläufe und Organisationsstrukturen betreffen, sowie Maßnahmen mit unmittelbaren Auswirkungen auf den Bürgerservice und die Dienstleistungen in den Ortsteilen.

3.1 Maßnahmen mit verwaltungsinternem Schwerpunkt

Die verwaltungsinterne Betrachtung umfasst insbesondere organisatorische, technische und prozessuale Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit, Digitalisierung und Effizienz innerhalb der Verwaltung.

3.2 Maßnahmen mit Auswirkungen auf den Bürgerservice

Daneben wurden Maßnahmen betrachtet, die Auswirkungen auf die Erreichbarkeit, Serviceangebote oder Aufgabenwahrnehmung in den Ortsverwaltungen haben und damit unmittelbar von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden.

3.3 Bewertungsmaßstäbe

Die Bewertung der einzelnen Maßnahmen erfolgte unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- fachliche und organisatorische Umsetzbarkeit

- Auswirkungen auf den Bürgerservice
- Wirtschaftlichkeit und Ressourcenbedarf (siehe Gutachten)
- Digitalisierungs- und Modernisierungspotenziale
- Rückmeldungen der Ortschaftsräte

4. Verwaltungsvorschlag zum weiteren Vorgehen

Auf Grundlage dieser Gesamtbetrachtung wurde für jede Maßnahmenempfehlung ein Verwaltungsvorschlag erarbeitet. Die Ergebnisse sind in der beigefügten Maßnahmentabelle dargestellt.

Die Maßnahmentabelle enthält neben der jeweiligen Empfehlung des Gutachtens die Bewertung durch die Verwaltung sowie einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen. Dabei wird zwischen Maßnahmen unterschieden, die unmittelbar umgesetzt werden können, bereits Bestandteil laufender Projekte sind oder im Rahmen vertiefender Prüfungen weiterbearbeitet werden sollen.

Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen wird einerseits den im Gutachten aufgezeigten Entwicklungs- und Optimierungspotenzialen Rechnung getragen. Andererseits werden die Hinweise und Anregungen der Ortschaftsräte sowie die Bedeutung leistungsfähiger und bürgernaher Verwaltungsstrukturen in den Ortsteilen berücksichtigt.